strafrechtlichen Zielstellung leitet sich generell die Forderung ab, den Überblick über erforderliche Fürsorge- und Schutzmaßnahmen bei geplanten Verdächtigenbefragungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung oder dem Abschluß operativer Materialien von vornherein als Bestandteil des Realisierungsvorschlages zu erarbeiten und begründete Vorschläge zu deren evtl, erforderlichen Realisierung zu unterbreiten. Nach Möglichkeit sollten bei der Planung und Vorbereitung der Verdachtshinweisprüfung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß es keine Ausschließungsgründe aus dem Fürsorge- und Schutzbereich für die Teilnahme von Verdächtigen an Befragungen gibt bzw. daß es zu keinen Unterbrechungen der Befragungen kommt.

Darüber hinaus halten es die Autoren in Abhängigkeit von vorhersehbarer Zeitdauer und anderen Umständen in begründeten Fällen für notwendig, in Anlehnung an die Bestimmung 3.8.6. der Anweisung 1/85 des Generalstaatsanwalts den Verdächtigen unverzüglich aktenkundig nach notwendigen Fürsorge- und Schutzmaßnahmen analog § 2 (1) HFVO (Haftfürsorgeverordnung) zu befragen und mit ihm die notwendigen Maßnahmen zu besprechen.

Anträge des Verdächtigen in der Befragung sind sofort auf ihre Berechtigung zu überprüfen und mit geeigneter Unterstützung durch operative Dienstseinheiten, Dienstzweige der Volkspolizei zu realisieren. Erforderlichenfalls können auch andere Personen zur Übernahme oder Unterstützung derartiger Maßnahmen ersucht werden. Der Verdächtige kann auch selbst unter Benutzung des Telefons Personen um Hilfe ersuchen. Bei der Gewährleistung der Fürsorge- und Schutzmaßnahmen besteht kein Erfordernis der Unterbrechung der Verdächtigenbefragung. Die Art der durchgeführten Fürsorge- und Schutz-